

Internet Governance: Außenpolitik im Rückgrat der digitalen Welt

Hagebölling, David

Veröffentlichungsversion / Published Version

Stellungnahme / comment

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hagebölling, D. (2021). *Internet Governance: Außenpolitik im Rückgrat der digitalen Welt*. (DGAP Memo, 14). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-85055-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



FÜR MEHR HANDLUNGSFÄHIGKEIT DER DEUTSCHEN AUSSENPOLITIK



Internet Governance

Außenpolitik im Rückgrat der digitalen Welt

Von David Hageböling

Ein offenes und globales Internet liegt in Deutschlands strategischem Interesse und schafft weltweit Voraussetzungen für gesellschaftliche Vernetzung und wirtschaftliche Entwicklung. Doch machtpolitische Risse, vor allem zwischen den USA und China, wirken bis tief in sein technisches Fundament hinein; es wird von einer Fragmentierung des Internets gesprochen. Mit Blick auf den 2025 stattfindenden Weltgipfel zur Informationsgesellschaft fällt diese Legislaturperiode in ein wichtiges Zeitfenster. Die nächste Bundesregierung sollte Multistakeholder-Institutionen stärken, die technische Weiterentwicklung des Internets fördern und über bestehende Partnerschaften hinaus im globalen Süden einen breiten Konsens für ein offenes und globales Internet vorantreiben.

Die **Infrastruktur des Internets** ist das Rückgrat unserer digitalen Welt. Auf ihr fußt das Internet als „Netz der Netze“, welches weltweit Voraussetzungen für gesellschaftliche Vernetzung und wirtschaftliche Entwicklung schafft. Als eines der am meisten globalisierten Länder der Welt profitiert Deutschland in besonderem Maße von dieser Infrastruktur. Sie ist die Basis für den Onlinehandel, der 2019 rund €100 Milliarden zum BIP beitrug, und Deutschlands führende Rolle in der Industrie 4.0.

Doch die **Internet Governance** – das heißt die Verwaltung und Entwicklung dieser Infrastruktur – steht vor wichtigen Weichenstellungen. Sie befindet sich im Spannungsverhältnis zweier Visionen des Internets – eine offen und dezentral, eine nationalstaatlich und zentralisiert – sowie machtpolitischer Risse, vor allem zwischen den USA und China. Diese Dynamiken drohen den Kern des Internets als globales öffentliches Gut zu untergraben – und damit ein Kerninteresse Deutschlands ernsthaft zu tangieren.

RAHMENBEDINGUNGEN

Ein Internet, zwei Visionen, viele Akteure

Ein offenes und globales Internet ermöglicht jedem Gerät, Datenpakete mit jedem anderen Gerät weltweit auszutauschen. Voraussetzung dafür ist seine **logische** (z. B. TCP/IP-Protokollfamilie, DNS) und **physische** (z.B. Unterseekabel) Infrastruktur. Die Governance dieser Infrastruktur – also „des“ Internets – tritt häufig hinter inhaltliche und gesellschaftliche Fragen „im“ Internet, etwa der Regulierung von Internetdiensten zurück.

Die Internet Governance fußt auf dem **Multistakeholder-Modell**. In diesem treiben Akteure aus technischer Community, Wirtschaft, Zivilgesellschaft sowie Regierungen gemeinsam die Entwicklung des Internets in spezialisierten Institutionen voran, in der Regel beruhend auf „grobem Konsens“. Die Internet Engineering Task Force (IETF) etabliert beispielsweise einheitliche Protokolle und Standards. Die Internet Corporation for

Assigned Names and Numbers (ICANN) verwaltet wiederum zentrale Funktionen wie das Domain Name System (DNS) – das Telefonbuch des Internets. Die Internet Society (ISOC), eine NGO, steuert die Pflege und Weiterentwicklung des Internets.

Doch **politische Kräfte** wirken mit zunehmender Vehemenz auf dieses Institutionengefüge ein. Im Kern stehen sich zwei Visionen des Internets gegenüber. Deutschland und die EU treten gemeinsam mit den USA für ein Internet ein, das dezentral durch Multistakeholder-Institutionen verwaltet wird. Durch die Entstehungsgeschichte des Internets besetzen westliche Teilnehmende bis heute wichtige Positionen in diesen Institutionen.

Dagegen strebt eine Gruppe von Staaten, darunter China und Russland, eine Verlagerung der Internet Governance in die Internationale Fernmeldeunion (ITU) an, wo Entscheidungen nationalstaatlich bestimmt werden. Dort stellt China zurzeit den Generalsekretär, während Russland das Ziel hat, diesen

Posten 2022 zu übernehmen. Im Mai [betonte US-Außenminister Antony Blinken](#) daher die globale Bedeutung personeller Entscheidungen an der ITU-Spitze.

HERAUSFORDERUNGEN Das Fundament des globalen Internets wackelt

Technische Entwicklungen, politische Ziele und kommerzielle Interessen sind im Internet eng verflochten. Eine Kernherausforderung ist es, der Ausweitung von Fragmentierungstendenzen „im“ Internet in das Fundament „des“ Internets entgegenzuwirken.

Die **logische Infrastruktur** ist bereits Teil des Strebens nach einem nationalstaatlich organisierten Internet. Russland baut ein [nationales DNS](#) auf und plant noch dieses Jahr, darüber autonom Anfragen abwickeln zu können. Chinas Absicht, seine [Kontrolle über das Internet](#) auszubauen, schließt ebenfalls das DNS ein. Mit „NewIP“ bringt ein chinesisches Unternehmen (Huawei) zudem eine Initiative zur Erneuerung der Internet-Protokollfamilie in die ITU ein, die [staatliche Kontrollmöglichkeiten](#) – so die Befürchtung – tief in das Herz des Internets tragen könnte.

Die **physische Infrastruktur** droht sich entlang der strategischen Rivalität zwischen den USA und China auszurichten. Die [Warnungen der USA](#) vor dem [Peace-Kabel](#), das China über Pakistan mit Europa verbindet, zeigen, dass dies auch Europas Konnektivität unmittelbar berührt. Insgesamt besteht in diesem Bereich eine hohe Abhängigkeit von Betreibern außerhalb der EU und dem Zugriff anderer Staaten auf diese. Bereits 2018 besaßen oder leasten allein Amazon, Facebook, Google und Microsoft [mehr als die Hälfte](#) der weltweiten Untersee-Bandbreite. Bei der fortschreitenden [Vernetzung durch LEO-Satelliten](#) zeichnet sich eine ähnliche Dominanz außereuropäischer Firmen ab.

EMPFEHLUNGEN Prioritäten für eine deutsche Internet-Außenpolitik

Die Bundesregierung sollte die außenpolitische Bedeutung der Internet-Infrastruktur hervorheben. Zusammenhänge zwischen Herausforderungen „des“ Internets und „im“ Internet sollten greifbar gemacht und in der Ressortarbeit (v. a. BMWi, AA und BMI) gespiegelt werden.

Zur **Unterstützung des Multistakeholder-Modells** sollte sich der Bundestag für eine Stärkung des [Internet Governance Forums \(IGF\)](#) als zentralen Ort für politischen Austausch einsetzen, etwa durch den Ausbau des Parlamentarier-Tracks. Weitere Orientierung bietet ein [Bundestagsbeschluss](#) anlässlich des IGF 2019 in Deutschland und ein deutsch-emiratisches [Options Paper](#) für ein IGF „Plus“.

Um offene Flanken für die Einbettung politischer Ziele zu schließen, sollte Deutschland die **technische Weiterentwicklung des Internets** fördern, unter anderem durch Unterstützung der technischen Community. Dabei sollten Leistungsfähigkeit, Resilienz und Sicherheit, etwa des DNS (z.B. [DNSSEC](#)), Routing (z.B. [BGPsec](#)) und physischen Netzes, stets im Sinne eines interoperablen Internets vorangetrieben werden. Das [BELLA-Kabel](#) ist als EU-Initiative beispielhaft.

Mittelfristig ist ein **breiter Konsens für ein offenes und globales Internet** entscheidend. Der Dialog mit Partnern, etwa innerhalb der EU, im [EU-US Trade and Technology Council](#) und während der deutschen [G7-Präsidentschaft 2022](#), bleibt zentral. Zudem sollte die Bundesregierung [Entwicklungschancen durch ein offenes Internet](#) betonen und „[digitale Entscheider-Staaten](#)“ des globalen Südens priorisieren. Die bilateralen Cyber- und Digital-Dialoge des AA und BMWi (z.B. mit Brasilien & Indien) und die [Entwicklungszusammenarbeit](#) des BMZ mit Afrika sind hierbei wichtige Instrumente.

In dieser Memo-Reihe bietet die DGAP fundierte Analysen zu Bereichen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, die die nächste Legislaturperiode prägen werden. Jedes Memo gibt Einblicke darin, wie Bundesregierung und Parlament in einer komplexer werdenden Welt künftig Chancen und Herausforderungen begegnen können. Die Themen reichen von Technologie und Klima über Migration und internationale Ordnung bis hin zu Sicherheit und Geoökonomie. Die Beiträge verstehen sich als Einladung, mit uns über die deutsche Außenpolitik ins Gespräch zu kommen.

Mehr Informationen finden Sie unter www.dgap.org/dossier/btw2021

DGAP

Advancing foreign policy. Since 1955.

Rauchstraße 17/18
10787 Berlin
info@dgap.org · www.dgap.org
@dgapev

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP) forscht und berät zu aktuellen Themen der deutschen und europäischen Außenpolitik. Dieser Text spiegelt die Meinung der Autorinnen und Autoren wider, nicht die der DGAP.

Die DGAP ist gefördert vom Auswärtigen Amt aufgrund eines Beschlusses des deutschen Bundestages.

Herausgeber

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.

ISSN 2749-5442

Redaktion Jana Idris

Layout Lara Bühner

Design Konzept WeDo

Foto © IMAGO / Bihlmayerfotografie



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.